

INHALT

3 IM FOKUS

Regula Zwahlen

Späte Reaktion der Kirche auf umstrittene Justizreform in Polen

4 RUNDSCHAU

SERBIEN

Irena Ristić

7 **Serbien nach der Präsidentschaftswahl: Nichts ist unmöglich**

KOSOVO

Serbeze Haxhija

10 **Sackgasse in Kosovo: Wahlen ohne Lösung**

RUMÄNIEN

Sergiu Gherghina

12 **Rumänien: Rechtsstaatlichkeit dank Druck von der Straße**

BULGARIEN

Maria Cheresheva

14 **Jonglieren mit Rechtspopulismus und EU-Optimismus in Bulgarien**

Valery Stojanov

17 **Das enge Band zwischen Kirche und Staat in Bulgarien**

MAKEDONIEN

Lura Pollozhani

20 **Stadien der Krise in Makedonien: gibt es einen Neuanfang?**

Stefan Kube

23 **Ein 50-jähriger Streitfall: Die Makedonische Orthodoxe Kirche**

PROJEKTBERICHT

Regula Spalinger, Valentina Fesetschko

28 **Sozialzentren im Ural: Wo Pensionäre für die Allgemeinheit wirken**

BUCHBESPRECHUNGEN

Holm Sundhaussen, Konrad Clewing (Hg.)

30 **Lexikon zur Geschichte Südosteuropas**

Arolda Elbasani, Oliver Roy (eds.)

The Revival of Islam in the Balkans

Martina Baleva, Boris Previšić (Hg.)

31 **„Den Balkan gibt es nicht“**

Pavel Kolář

Der Poststalinismus

Die Zeitschrift RGOW wird vom Institut G2W, Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft herausgegeben, das vom gleichnamigen Verein getragen wird.

© Nachdruck von Texten und Übernahme von Bildern nur mit Genehmigung der Redaktion.



**Liebe Leserin
Lieber Leser**

Im nächsten Jahr werden es 15 Jahre seit dem Westbalkan-Gipfel von Thessaloniki 2003 sein, an dem die EU die Staaten des Westlichen Balkan zu „potenziellen Beitrittsländern“ erklärte: „Die EU bekräftigt, dass sie die europäische Ausrichtung der westlichen Balkanstaaten vorbehaltlos unterstützt. Die Zukunft der Balkanstaaten liegt in der Europäischen Union.“ Dieses Versprechen harrt bis heute der Realisierung, einzig Kroatien wurde 2013 in die EU aufgenommen. Weitere Aufnahmen sind vorerst nicht vorgesehen, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat vielmehr den Beitritt neuer Staaten während der laufenden Amtszeit explizit ausgeschlossen. Angesichts dringenderer globaler und europäischer Probleme – etwa die bedenkliche rechtsstaatliche Entwicklung in Polen – ist der Westbalkan auf der europapolitischen Agenda weit nach hinten gerutscht.

Zwar betonen sowohl die EU als auch die Machteliten in der Region ein Festhalten an der Beitrittsperspektive, doch auf beiden Seiten hat sich eine gefährliche Politik des Business-as-usual entwickelt: Vor dem Hintergrund ihrer zahlreichen Krisen ist die EU vor allem an Ruhe und Stabilität interessiert, was die sich pro-europäisch gebenden Politiker in den Region zum eigenen Machterhalt und -ausbau zu nutzen wissen. Die in diesem Heft behandelten Beispiele Serbien, Kosovo und Makedonien zeigen die bedenklichen Folgen einer solchen Form der „Stabilokratie“, zumal auch die jüngsten EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien nicht davor gefeit sind. Andererseits lässt sich nicht übersehen, dass es mittlerweile in allen Ländern auch starke zivilgesellschaftliche Gruppen gibt, die nicht länger bereit sind, politische Missstände einfach hinzunehmen sowie machtverliebte und korrupte Politiker frei schalten und walten zu lassen. Die Bilanz dieser Proteste in Serbien, Makedonien und Rumänien fällt unterschiedlich aus, doch sollte die EU vor allem diese Kräfte unterstützen, die sich für Demokratie und Rechtsstaat einsetzen.

Zudem noch ein Wort in eigener Sache: Auf vielfachen Wunsch haben wir der besseren Lesbarkeit wegen die Schrift in Zeitschrift vergrößert. Wir hoffen, dies stößt auf Anklang, und freuen uns über Ihre Rückmeldungen. Dies bedeutet allerdings auch, dass wir in Zukunft etwas weniger Platz für die Rundschau haben. Ausführliche Nachrichten zum kirchlichen Leben erhalten Sie aber weiterhin durch den „Nachrichtendienst Östliche Kirchen“ (NÖK), der von Renovabis herausgegeben und von uns redaktionell betreut wird. Deshalb herzliche Einladung, unter www.noek.info den NÖK-Newsletter zu abonnieren.

Stefan Kube, Chefredakteur